BIBLIOTHEK des Rabbiner-Seminares

Juli 1928



3. Jahrg., Nr. 7

III X I

Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens

Dieses Blatt erscheint monatlich und geht den Mitgliedern unentgeltlich zu. ◆ Erscheinungsort Mainz.

Zuschriften: Mainz, Hindenburgstraße Nr. 44
Schriftleitung: Rabbiner Dr. S. Levi, Mainz

Bericht über die Tagung des Landesverbandes der israelitischen Religions-Gemeinden Hessens am 1. Juli 1928 in Mainz.

I. Geschäftsbericht

erstattet von dem Verbandsvorsitzenden, Herrn Kommerzienrat B. A. Mayer.

In unserem ersten Geschäftsjahr hat sich die Zahl der Verbandsgemeinden von 85 auf 121 erhöht. Heute kann der Beitritt weiterer 12 Gemeinden, nämlich der Gemeinden Bürstadt, Dornheim, Dreieichenhain, Nauheim und Büttelborn in Starkenburg; Hungen, Lauterbach, Nieder-Mockstadt, Treis und Rodheim in Oberhessen; Gimbsheim und Hahnheim in Rheinhessen, mit zusammen 577 Seelen, festgestellt und damit die Seelenzahl unseres Verbandes auf mehr als 16 000 (Wohnbevölkerung 16 619) beziffert werden; nachdem sich die Gemeinde Kirchbrombach aufgelöst hat, zählt unser Verband 132 Gemeinden.

Nicht angeschlossen sind: 9 Gemeinden in Rheinhessen mit 219 Seelen, 2 im Rabbinat Offenbach mit 252 Seelen, 18 in Oberhessen mit 566 Seelen und 46 im Rabbinat Darmstadt II mit 2495 Seelen.

Es muß unser eifrigstes Bestreben sein, diejenigen Gemeinden, die nur aus materiellen Gründen einen Anschluß an unseren Verband unterlassen haben, bald für unsere Sache zu gewinnen. Ein Teil der abseits stehenden Gemeinden hat allerdings aus religiösem Motiv seither unserem Verbande gegenüber eine ablehnende oder abwartende Haltung eingenommen. Ich erwarte bestimmt, daß sich diese Gemeinden über kurz oder lang davon überzeugen, daß in unserem Verbande ihre religiösen Interessen nicht verletzt, sondern gefördert werden, daß die Gemeinden nacheinander, wenn nicht schon bald gemeinsam, ihren Anschluß an unseren Verband und damit auch an die ihm bereits angeschlossenen orthodoxen Gemeinden suchen und finden werden. M. E. ist es noch sehr ungewiß, ob eine Einigung mit dem hessischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden in irgend einer Form zu stande gebracht werden kann. Herr Justizrat Dr. Goldschmidt wird die Güte haben, später über die Verhandlungen mit diesem Verband zu berichten.

Da unser Antipode ein gesetzestreuer Verband ist, erscheint es hier notwendig, immer wieder festzustellen, daß in unserem Verband nichts geschieht, was gegen das Religionsgesetz verstößt, daß orthodoxe und konservative Interessen nicht verletzt, sondern gefördert werden. Unser Verband ist ein neutraler Verband, ein „Einheitsverband". Er ist nicht reformierend, nicht liberal. Liberal ist unser Verband nur insofern, als er die Souveränität der Gemeindeverwaltung nicht verletzt, und in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden nicht eingreift. Unser Verband ist nichts anderes als ein loser Zweckverband, ein Dachverband, der in ihm organisierten, selbständigen Gemeinden. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der örtlichen Gemeinden, der einzig überkommenen, historischen Organisationsform, soll und darf nicht verletzt werden. Alle Handlungen des Verbands als solche müssen in vollem Einklang

mit dem Religionsgesetz und der Tradition stehen und nichts geschieht und darf geschehen, was gegen diese verstößt. Es besteht also für die Orthodoxie kein Hindernis zum Anschluß an den allgemeinen Landesverband, ebensowenig wie dies in Bayern der Fall war.

Wie Sie aus einem Vergleich des Kassenberichtes mit dem des ersten Geschäftsjahres ersehen können, hat sich unser Landesverband in dem am 31. März d. J. abgelaufenen Geschäftsjahre gedeihlich weiter entwickelt. Seinen Aufgaben kann er aber noch immer nicht gerecht werden, da es uns leider an genügend Mitteln fehlt. Wenn man berücksichtigt, daß bei 22 781,— ℳ Beiträgen von Verbandsgemeinden allein 19 625,17 ℳ für Besoldungen, Gratifikationen und Stundenhonorare ausgegeben werden und wir uns andererseits sagen müssen, daß von den zirka 42 Lehrern, die in unserem Verbande wirken, 6 Lehrer ein Einkommen von 1500,— bis 2000,— ℳ haben, 11 Lehrer ein Einkommen von 2000 bis 3000 ℳ und 25 Lehrer ein Einkommen von 3000,— ℳ und darüber haben, so müssen wir feststellen, daß uns noch ganz bedeutende Beträge fehlen, um die Lehrer, wie in anderen Landesverbänden, nach den Sätzen des Staats, (alte Gruppe 7) Mindestgehalt 3400,— ℳ zu honorieren. Selbst wenn der hessische Staat uns den von uns verlangen Zuschuß von 16 000,— ℳ geben würde, würden wir aber auch dieses Ziel nicht erreichen können und müßten uns demnach, was die Honorierung der Lehrer anbetrifft, weiter im Rahmen des uns Möglichen halten. Es muß hier ausdrücklich betont werden, daß es im höchsten Grade bedauerlich ist, daß die Entscheidung über die Bewilligung der Staatssubvention immer wieder hinausgeschoben wird, daß es uns trotz der größten Bemühungen bisher nicht gelungen ist, eine solche zu erreichen.

Wie verhält es sich nun mit den übrigen Pflichten, die der Landesverband zu erfüllen hat, Pflichten, die zum größten Teil außerhalb unserer Landesgrenze liegen, und die in der Unterstützung der Lehrerbildungsanstalten, der Seminare, der wissenschaftlichen Vereinigungen und wohltätigen Anstalten bestehen? Für diese Kosten sind von den Verbandsgemeinden kleinere Beträge von insgesamt zirka 4300,— ℳ abgeführt worden.

Wenn unser Landesverband auch der jüngst gegründete ist, so müssen doch Mittel und Wege gefunden werden, die Lehrerseminarien in Köln, Würzburg und Höchberg, die Rabbinerseminarien und Lehranstalten in Berlin und Breslau, Anstalten wie Ahlem, Samsonschule, Blindenanstalt, Taubstummenanstalt u. a. zu unterstützen. Denn alle diese Anstalten befinden sich in großer Not und gehen dem Untergang entgegen, wenn nicht baldigst Hilfe gebracht wird. Hier hat unser Verband genau so seine Pflichten zu erfüllen, wie es die anderen deutschen Landesverbände zu tun haben.

Wie im Oberrat vorläufig beschlossen und bereits getätigt, wird in Zukunft der Verband an Stelle der Gemeindebeiträge, die ihm für diese Zwecke zufließen, die bereits früher genannten Seminarien, Lehranstalten, Wohltätigkeitsanstalten usw. unterstützen. Da der Beschluß für diese Neueinrichtung erst im Laufe des Geschäftsjahres gefaßt wurde, können die Ziffern des vorliegenden Rechnungsergebnisses nicht als Grundlage für den nächsten Voranschlag dienen. Bei Besprechung des Voranschlages werde ich auf diese Angelegenheit zurückkommen und einen Antrag stellen.

Wenn auch in diesem Jahr wiederholt an dem Zustandekommen eines Reichsverbandes der deutschen Juden gearbeitet wurde, so sind doch die Aussichten für denselben recht gering, da im Preußischen Landesverband eine große Opposition sich gegen die, nach unendlichem Bemühen fertiggestellten Statuten bemerkbar macht. Es würde zu weit führen, hier in diesem Rahmen die ganzen Verhandlungen über diese Statutenberatungen, die am 4. März d. J. in Nürnberg und am 3. Juni d. J. in Köln stattfanden, zu berichten. Sie haben aus dem Mitteilungsblatt unseres Landesverbandes in großen Zügen über die Vorkommnisse in diesen Sitzungen Kenntnis erlangt, und können wir nur hoffen, daß der Preußische Landesverband diese Statuten annehmen wird, obschon dann immer noch nicht sicher ist, ob dieser Reichsverband zustande kommen kann. Daß der Reichsverband von unserem Landesverband, ebenso wie von anderen Verbänden, zur Unterstützung der vorgenannten Anstalten Mittel verlangen wird, ist ganz klar, doch ist noch nicht zu übersehen, inwieweit unser Verband hierzu beitragen kann. Sollte aber der Reichsverband nicht zusammenkommen, so wird die am 4. März d. J. in Nürnberg gegründete Arbeitsgemeinschaft sämtlicher deutscher Landesverbände in Wirksamkeit treten und werden Sie sich heute mit der Frage zu beschäftigen haben, inwieweit unser Landesverband aus sich heraus noch neue Mittel aufbringen kann. Inzwischen ist am 27. Juni eine Einladung zu einer Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft auf den 29. Juli nach Oberhof eingelaufen.

Sitzungen Ihres Oberrats fanden statt: am 23. Oktober und 11. Dezember 1927 und am 25. März d. J. Tagungen der Konferenzgemeinschaft der süddeutschen Landesverbände haben in Stuttgart am 20. November 1927 und 26. Februar 1928 stattgefunden und wurde Ihnen über diese Sitzungen im Mitteilungsblatt berichtet.

Zu unserem Bedauern hat das Mitglied des Oberrats, Herr Dr. Baum, Alzey sein Mandat niedergelegt. Wir danken ihm an dieser Stelle für alle die Bemühungen, die er im Dienste des Landesverbandes gehabt hat.

Abgesehen von der Erledigung der laufenden Geschäfte durch die Verbandsleitung und den Herrn Schriftleiter des Mitteilungsblattes sind die Arbeiten des Landesverbandes zu einem wesentlichen Teil durch die Mitglieder des Schulausschusses bewältigt worden. Allen Mitarbeitern und besonders allen denjenigen, die die Schriftleitung des Mitteilungsblattes durch Beiträge unterstützt haben, sei der Dank des Oberrates zum Ausdruck gebracht. Kosten sind dem Landesverband als solchem nicht entstanden, da die Gemeinde Mainz die sämtlichen Verwaltungskosten in Opferwilligkeit übernommen hat.

Wie bereits letztes Jahr bekannt gegeben wurde, haben die Verbände von Baden, Bayern, Württemberg und Preußen uns Zuschüsse für das Lektorat für die rabbinischen Wissenschaften in Gießen geleistet und hoffen wir, daß wir auch gleiche Zuschüsse für dieses Jahr erhalten werden. Wüttemberg hat diese inzwischen bereits gewährt.

Der Oberrat war zur Schlichtung einer Streitigkeit tätig; er hat vor Durchführung eines Prozesses einen Vergleich erzielt.

Wie im Vorjahre hat er zu den Jomin hanoroim Hilfsvorbeterstellen vermittelt.

Die Hauptsorge des Oberrats galt, wie schon erwähnt, dem Religionsunterricht. Die Zahl der hauptamtlichen Verbandslehrer wird jetzt von 3 auf 4 erhöht. Ein Bezirksschochet ist in Rheinhessen eingestellt worden. Als mittelbarer Erfolg des Landesverbandes kann es verzeichnet werden, daß eine rheinhessische Gemeinde durch einen Verbandslehrer einen zuverlässigen Schochet hat ausbilden lassen, und daß dieser in einwandfreier Weise für mehrere Gemeinden tätig ist.

Die Lehrer des Verbandes wirken in verschiedenen Orten abwechselnd als Vorbeter. Einer derselben unterrichtet zur Zeit wöchentlich in elf verschiedenen Gemeinden. Außer den hauptamtlich für den Verband tätigen Lehrern haben 10 Lehrer Stundenhonorare bezogen. An insgesamt 25 Personen sind Honorare gezahlt worden.

Was die Schächtfrage anbetrifft, so muß ich Ihnen zu meinem Bedauern sagen, daß dieselbe noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Es haben die in München vorgenommenen Versuche des Schächtens nach vorhergegangener elektrischer Betäubung den Beifall aller Anwesenden gefunden; es ist jedoch noch nicht gelungen, alle Bedenken zu zerstreuen und das Verfahren als religionsgesetzlich einwandfrei und zulässig zu erklären. Ein Zuschuß wird vom Schächtschutzkomitee in Berlin verlangt; wir hatten im vergangenen Jahr 300,— ℳ bewilligt.

Der Begräbnisplatz der Gemeinde Sörgenloch, die nur noch aus einer 82jährigen Frau und deren Tochter besteht, ist laut notariellem Akt vom 27. Juni in unseren Besitz übergegangen, ebenso wie das Eigentum der aufgelösten Gemeinde Kirch-Brombach unserem Landesverband übertragen ist und, insoweit noch nicht geschehen, in seinen Besitz übergeführt werden wird.

Die auf dem vorjährigen Gemeindetag bereits als notwendig bezeichnete Erhebung von 5 Prozent Verbandsbeiträgen hat stattgefunden. Das damals ausgesprochene Ersuchen, die kleinen Gemeinden möchten dem Verbande über die üblichen kleinen Beiträge (von 10 bis 50 ℳ) hinaus Zuwendungen machen, ist leider wirkungslos verhallt und zeugt nicht von einer großen Opferwilligkeit dieser Gemeinden.

Der Oberrat bedarf der Mitarbeit weiterer Kreise, um die Erhaltung der Vermögen der in Auflösung begriffenen Gemeinden und um die Begräbnisplätze sicher zu stellen.

Die Kartothek der Besteller des Mitteilungsblattes wird ständig weitergeführt; hierzu sind zweckdienliche Mitteilungen und namentlich die Adressen der in den Orten Altwiedermus, Arheilgen, Beuern, Dieburg, Eberstadt, Eckartshausen, Eppertshausen, Großen-Buseck, Groß-Rohrheim, Groß-Zimmern, Kirchbrombach, Leihgestern, Obermockstadt, Urberach, Watzenborn und Sprendlingen wohnhaften Familien erwünscht.

Das Mitteilungsblatt erfordert immer noch einen Zuschuß von 2719,43 ℳ und sollten doch unsere Mitglieder, besonders in den größeren Gemeinden, durch Aufgabe von Annoncen das Blatt besser unterstützen, damit dasselbe lebensfähig bleibt und keines Zuschusses mehr bedarf. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Existenz des Blattes in Frage gestellt würde.

Hiermit ist mein Bericht erschöpft; ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß das nächste Verbandsjahr sich zu einem segensreichen entwickeln möge. Meine Mitarbeiter im Oberrat aber versichere ich meines herzlichen Dankes für ihre Tätigkeit.

II. Protokoll

über den am 1. Juli 1928 im Vortragssaale der israelitischen Religionsgemeinde Mainz, auch von einigen Zuhörern besuchten

3. Gemeindetag.

Es sind mehr als 100 Abgeordnete anwesend, und durch diese fast sämtliche Verbandsgemeinden bzw. Stimmbezirke vertreten.

Der Verbandsvorsitzende, Herr Kommerzienrat Bernhard Albert Mayer, begrüßt die Erschienenen zugleich als Erster Vorsteher der israelitischen Religionsgemeinde Mainz, er stellt die erfolgte rechtsgültige Berufung des Gemeindetages fest, und bittet Herrn Rabbiner Dr. Sander die Tagung zu eröffnen.

Herr Dr. Sander begrüßt die Versammlung, die zur Erledigung von Gemeindegeschäften, l'schem schomajim, frei von Selbstsucht und Herrschsucht, zur Ehre des Judentums und unserer hessischen Gemeinschaft zusammengetreten sei, in Mainz, der Gemeinde, die im dunklen Mittelalter durch ihre Märtyrer „k'doschim" und ihre großen Lehrer der Judenheit den Weg vorgezeichnet und erleuchtet habe. Anknüpfend an die Sidra voriger Woche führt er aus, daß auch bei einer Arbeit, l'schem schomajim, ein Streit möglich sei, es führe jedoch auch dieser zur Heiligung des Schöpfers, wenn man im Gegner den Mitbruder betrachte. Er feiert die Tätigkeit des Landesverbandes, die darauf abziele, das Licht der Thora auch in den entlegensten Orten zu entzünden.

Der Vorsitzende erstattet sodann den an anderer Stelle abgedruckten Geschäftsbericht und dankt seinen Kollegen im Oberrat für ihre Mitarbeit.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden referiert Herr Justizrat Dr. Goldschmidt, Offenbach über die mit dem hessischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden wegen einer künftigen Zusammenarbeit geführten Verhandlungen. In einer auf Anregung des gesetzestreuen Verbands in Frankfurt a. M. stattgehabten Versammlung, die von je 10 Delegierten beschickt war, sei eine aus je 3 Mitgliedern bestehende Kommission zwecks Weiterführung der Verhandlungen gebildet worden. Diese Kommission sei zusammengetreten, und es seien hierbei diesseits Einwendungen erhoben worden gegen die von dem gesetzestreuen Verbande gewünschte Begründung einer Konferenzgemeinschaft zweier selbständiger hessischer Landesverbände. Eine solche Konferenzgemeinschaft besitze keinerlei Autorität, sie könne daher die Arbeit unseres Verbandes nur hemmen und erschweren. Wiewohl eine Verständigung nicht erzielt sei, beantrage er bei dem Gemeindetage, den Oberrat zu ermächtigen, die Verhandlungen fortzuführen. In unserem kleinen Hessen müsse es einen einheitlichen Verband geben; er fürchte keine Opposition und sei zu jeder Konzession bereit.

Aehnlich äußert sich Herr Rabbiner Dr. Levi, Mainz. Ideelle und materielle Gründe erheischten einen Zusammenschluß; für Wohltätigkeit und Abwehr von Angriffen bedürfe es jedoch keiner Landesverbände, wie es der Entwurf des gesetzestreuen Verbands für eine Konferenzgemeinschaft vorsehe; zur Bewältigung dieser Arbeitsgebiete genügten die in dem C.-V. und in den Zentralwohlfahrtsstellen bereits festgefügten Organisationen.

Redner weist darauf hin, daß der Landesverband seinen Gemeinden, wie in jeder Beziehung so auch in der Lehreranstellung das Selbstbestimmungsrecht gewährleiste; er teilt mit, daß er und seine beiden Kollegen in der Verhandlungskommission die Schaffung einer Kassenteilung für orthodoxe und liberale Zwecke in Vorschlag gebracht und dabei bemerkt haben, daß, wie seither schon, von liberaler Seite aufgebrachte Mittel auch für orthodoxe Zwecke Verwendung zu finden hätten. Man habe darauf erwidert, man wolle Gelder nicht aus einer Kasse beanspruchen, zu der man nichts beisteuere. Indem Redner auch darauf hinweist, daß die Rabbinats-

A. Metzger ∗ Frankfurt a. M.
Telefon: Hansa 1293 Börnestraße 39
Unter Aufsicht der Ritualkommission der Israelitischen Gemeinde
Verlangen Sie meine Preisliste
Ein Versuch mit meinem Allgäuer Stangenkäse überzeugt Sie von der erstklassigen Qualität

Möbelfabrik Ph. Zahn, Mainz
Ballplatz 7 Domstrasse 2
Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer nebst Küchen
in gediegener Ausführung bei billigster Preisstellung.

gehalte in Oberhessen aus einer einheitlichen Landjudenschaftskasse bestritten werden, erklärt er sich für einen Einheitsverband und gegen einen unbedingten Abbruch der Verhandlungen.

Herr Lehrer Kahn, Alsfeld, Mitglied des Oberrats und Obmann der orthodoxen Lehrer Hessens, ist Mitglied der sechsgliedrigen Kommission. Auch er wünscht, daß das Oberratskollegum die Verhandlungen bis zum äußersten fortführe. Er macht darauf aufmerksam, daß nur ein Teil der unserem Verband nicht angeschlossenen Gemeinden — und unter diesem nur eine einzige größere Mittelgemeinde — Mitglied des orthodoxen Verbandes sei. Dieser daher kaum das Recht für sich in Anspruch nehmen könne, sich als ein Landesverband zu bezeichnen. Auch die orthodoxe Religionsgesellschaft in Gießen erstrebe einen Anschluß an unseren Verband und habe denselben lediglich aus Rücksichtnahme auf ihren Herrn Rabbiner noch nicht bewirkt. In unserem Verband, seiner Verwaltung und seiner Vertretung seien orthodoxe Mitglieder. Bei den Verhandlungen habe man der Orthodoxie Vetorecht im Oberrat zugestanden, aber auch dieses habe den Unterhändlern der Gegenseite nicht genügt.

Herr Steinberger, Alsfeld, der auf seine schon vor zwei Jahren eingeleiteten Einigungsverhandlungen hinweist,

Herr Ferd. Mayer, Harxheim, der Herrn Rabb. Dr. Levi für seine Arbeit im Dienste der Landgemeinden dankt und an die Aufrechterhaltung des Einheitsgedankens appelliert, sowie

Herr Rabbiner Dr. Sander, der darauf hinweist, daß in Oberhessen, trotz der gespaltenen Rabbinatsbezirke, die Trennung in bezug auf die Lehrer, und auch sonst, nicht scharf durchgeführt sei,

sie alle treten für eine weitere Verhandlung ein.

Herr Rabbiner Dr. Levi beantragt die Annahme folgender Resolution:

> „Der vom Hessischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden in Darmstadt unterbreitete Entwurf erscheint dem Landesverband der israelitischen Religionsgemeinden Hessens als Grundlage für eine Zusammenarbeit ungeeignet. Der Landesverband der israelitischen Religionsgemeinden Hessens ist aber im Interesse des hessischen Gesamtjudentums und in der Erwartung des notwendigen einheitlichen Zusammenschlusses zur Weiterverhandlung bereit."

Es treten für dieselbe ein, Lehrer Stern, Alzey und Rabbiner Dr. Holzer, Worms.

Herr Rechtsanwalt Benno Joseph, Darmstadt berichtet über eine wegen der Gestaltung des Kirchensteuergesetzes im Ministerium stattgehabte Konferenz, in deren Verlauf die Gesinnung des Vorsitzenden des Hessischen Landesverbandes gesetzestreuer Synagogengemeinden zutage getreten sei. Er, der Redner, habe angetragen, es bei der differenziellen Behandlung des Austritts aus der Kirche und des aus der örtlichen israelitischen Gemeinde aus finanziellen Gründen zu belassen. Dem sei Herr Rabbiner Dr. Merzbach entgegengetreten, und habe erklärt, er vermöge hierin keinen Unterschied zu erblicken, da (zwischen ihm und den Antragstellern) es sich um ein anderes Bekenntnis handle. In dieser Aeußerung erblicke er die Privatmeinung des Herrn Dr. Merzbach bzw. auch die des Herrn Sanitätsrat Dr. Bodenheimer, und nicht die der durch sie vertretenen Gemeindemitglieder. Er sei daher trotz dieses Vorkommnisses für die Weiterverhandlung behufs Erzielung eines einheitlichen Verbandes.

Herr Steinberger, Alsfeld tritt als orthodoxes Mitglied der von Herrn Joseph reproduzierten Aeußerung entgegen und tritt für ein brüderliches Zusammentreten ein.

Die Herren Justizrat Dr. Goldschmidt, Offenbach; Goldschmidt, Altenstadt; Kahn, Alsfeld; Kaufmann, Schotten und Kommerzienrat Kronenberger, Mainz ersuchen, sich nunmehr für Weiterverhandlung zu entscheiden.

Herr Rechtsanwalt Dr. Stahl, Bad-Nauheim wünscht Abstimmung über die Resolution Dr. Levi.

Herr Hermann Reiling, Mainz bezeichnet sich als Mitglied der Mainzer Religionsgesellschaft. Vermöge seiner Bekanntschaft mit Mitgliedern verschiedener Gemeinden, wisse er, daß die Gesinnungen derselben nicht so extrem seien, als hier geschildert worden sei. Er wisse, daß man den Standpunkt einnehme: Es muß eine Lösung gefunden werden und es wird eine Lösung gefunden werden. Er appelliere daher an die stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindetages, die Resolution so zartfühlend wie möglich zu fassen; bei gutem Willen werde es zu einer Verständigung kommen.

Herr Ebert, Osthofen beantragt, den Oberrat zu ermächtigen, im Sinne der gegebenen Linie zu verhandeln und ersucht den Gemeindetag die Abstimmung hierüber per Akklamation vorzunehmen.

Nachdem Herr Herzog, Nieder-Saulheim angeregt hat, zum nächsten Gemeindetage die Vorstände der abseits stehenden Gemeinden als Gäste zu laden, wird über die Resolution Dr. Levi abgestimmt und hierbei dieselbe einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der Vorsitzende berichtet über die Konstituierung einer Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Landesverbände, und über die Beschlußfassung der Statuten für einen Reichsverband der deutschen Juden, über die Aufgaben dieser Körper, ihre Leistungen und die Lasten, die den Landesverbänden hieraus erwachsen werden.

Bei der sich hieran anschließenden Aussprache beteiligen sich der Referent, Rechtsanwalt Rothenberger, Gießen, Rabbiner Dr. Holzer, Worms; Moritz Berney, Mainz; Ludwig Ebert, Osthofen und Rabbiner Dr. Levi, Mainz.

Es wird sodann folgende Resolution einmütig angenommen:

> „Der Oberrat wird ermächtigt, den Beitritt des Landesverbandes zum Reichsverband zu erklären, falls derselbe sämtliche größeren Landesverbände umfaßt."

Herr Rabbiner Dr. Sander, Gießen, Vorsitzender des Schulausschusses, referiert über die seitherige Wirksamkeit dieses Ausschusses, die Unterrichtsverhältnisse im allgemeinen, die Vor- und Ausbildung der Lehrer und Schochtim, deren schlechte wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit für weitere Besserstellung der Lehrer in materieller Hinsicht und für eine ideelle Bewertung ihrer Leistungen besorgt zu sein. Hierzu sei die Kraftanstrengung einer jeden einzelnen Gemeinde erforderlich und nur in den dringendsten Fällen, in denen die Gemeinden bei äußerster Kraftanstrengung nicht in der Lage seien, alle notwendigen Kosten selbst aufzubringen, müsse und werde der Oberrat helfend eingreifen, um dem religiösen Sterben der Gemeinden entgegenzuwirken.

Herr Rabbiner Dr. Levi berichtet über die besonderen Verhältnisse in Rheinhessen.

Herr Lehrer Kahn, Alsfeld, Vorsitzender des hessischen Landeslehrervereins, unterstreicht die Ausführungen der Vorredner, erwähnt den Lehrermangel, die geringen Einkommensverhältnisse der hessischen Lehrer und das durchschnittlich abnorm hohe Alter der Stelleninhaber.

Die Herren Bankdirektor Reis, Friedberg; Ludwig Ebert, Osthofen und Krämer, Friedberg stellen der geringen Lehrerbesoldung die hohen Steueraufkommen der Gemeinden gegenüber.

Herr Kaufmann, Schotten wünscht höhere Beiträge von den die Verbandslehrer in Anspruch nehmenden rheinhessischen Gemeinden.

Herr Michel, Schornsheim verlangt Ueberwachung des Religionsunterricht durch ein Organ des Verbandes.

Herr Rabbiner Dr. Levi erwidert darauf, daß dies in seinem Bezirk der Fall sei, daß jedoch dem Bezirksrabbiner durch das Elternhaus vielfach Schwierigkeiten bereitet werden.

Nach 14 Uhr wird dem Vorschlag des Verbandsvorsitzenden, eine einstündige Pause eintreten zu lassen, entsprochen, und der Einladung der Mainzer Religionsgemeinde zu einem Imbiß Folge geleistet. Im Auftrag des Ersten Vorstehers heißt das Vorstandsmitglied, Herr Kommerzienrat Ludwig Kronenberger, die Gäste im festlich beleuchteten Trausaal willkommen.

Das infolge Domizilverlegung nichtmehr zur Wiederwahl kommende Mtglied des Oberrats, derzeitiger Erster Vorsteher der israelitischen Gemeinde Bingen, Herr Julius Simon, dankt der Mainzer Gemeinde für ihre mustergültige Bewirtung; ihm schließt sich der als Gast anwesende Vorsteher der israelitischen Gemeinde Gau-Algesheim, Herr Mayer an; Herr Eduard Simon, Präsident des Mainzer Hospitals, macht die Provinzgemeinden auf das durch ihn vertretene Institut, das jetzt im Begriffe stehe, eine gynäkologische Abteilung zu eröffnen, aufmerksam. Nach Verrichtung des Tischgebetes durch Herrn Rabbiner Dr. Holzer wird zur Fortsetzung der Verhandlungen geschritten.



Unter Bezugnahme auf die im Mitteilungsblatt Nr. 6 bereits erfolgte Veröffentlichung erstattet der Verbandsvorsitzende den Kassenbericht.

Namens der Revisoren bemerkt Herr Ferdinand Oppenheimer, Ober-Ingelheim, daß die Gemeinden den Oberrat allzu häufig um Bewilligungen angehen. Die Rechnung sei geprüft und für richtig befunden worden; es gebühre dem Oberrat und dem Rechner Dank für die Geschäftsführung.

Der Gemeindetag erteilt hierauf dem Oberrat Entlastung.

Als Revisoren werden die Herren Ferd. Oppenheimer und Bankdirektor Fritz Reis, Fiedberg wiedergewählt.

Nach dem Dank des Oberratsmitglieds, Herrn Sanitätsrat Dr. Nickelsburg, Worms an den Vorsitzenden, dankt namens der Versammlung Herr Moritz Berney, Mainz dem Oberratskollegium, dem Schriftleiter des Mitteilungsblattes, seinen sämtlichen Mitarbeitern, sowie dem Rechner und Sekretär.

Es wird zur Beratung des Voranschlas für 1928 auf Grund des gedruckt vorliegenden Entwurfs des Verbandsvorsitzenden geschritten. In demselben wird um eine reichlichere und gewinnbringendere Zuführung von Insertionen für das Mitteilungsblatt ersucht, und die Umlegung eines Sonderbeitrages behufs Subventionierung von Ausbildungsstätten und Wohlfahrtsstellen beantragt, neben dem die reguläre Umlage in der vorjährigen Höhe zur Erhebung kommen soll. An Sonderbeitrag soll erhoben werden: von Gemeinden, die mehr als 250 Seelen zählen, 70 Pfg. pro Kopf, von allen anderen Gemeinden 35 Pfg. pro Kopf. Mainz werde darüber hinaus seinen Beitrag für diese Sonderzwecke in der seitherigen Höhe entrichten. Nach diesem Vorschlag seien aufzubringen von Gemeinden mit über 250 Seelen 6850 Mk., von Gemeinden unter 250 Seelen 2450 Mk. Die Summe von 9300 Mk. beantrage er zu verteilen, wie folgt:

3 Rabbiner-Seminare je 500 RM.		RM. 1500,—
Lehrerseminare Köln, Würzburg und Präparandie Höchberg	zus.	RM. 1200,—
Samsonschule Wolfenbüttel		RM. 200,—
Akademieverein, Ges. z. Förderung der Wissenschaft der Juden usw.	zus.	RM. 300,—
Büro für Schächtangelegenheiten		RM. 300,—
Hilfskasse für Kantoren usw.		RM. 200,—
Sterbekasse des Hess. Landeslehrervereins		RM. 100,—
Zentralwohlfahrtsstellen: Zentralen in Frankfurt und Berlin	zus.	RM. 2500,—
Arbeiterfürsorgeamt, Berufsberatung, Berlin		RM. 200,—
D.J.G.-B. für geistig zurückgebliebene und schwer erziehbare Kinder	zus.	RM. 500,—
Ahlemer Gartenbauschule		RM. 300,—
Nerven-, Blinden-, Taubstummenheime, wie Sayn, Jedide Ilmim u. Kinderheime, wie Dürrheim und Kissingen	zus.	RM. 1000,—
Psychopathenheim Marburg		RM. 300,—
Achawah-Verein (Lehrerwitwen usw.)		RM. 100,—
Hilfsverein der deutschen Juden, Abwehrverein C.V. usw.	zus.	RM. 300,—
Jugendvereinsverbände in Hessen und im Reich	zus.	RM. 150,—
Verein zur Förderung rit. Speisehäuser (Hamburg)		RM. 150,—
		RM. 9300,—

Der Vorsitzende bemerkt noch ausdrücklich, daß es jeder einzelnen Gemeinde überlassen bleibe, den Modus der Umlegung des Sonderbeitrags auf die einzelnen Mitglieder und die Art der Erhebung desselben durch Beschluß des örtlichen Gemeindevorstands selbst zu bestimmen.

Im Anschluß hieran wird über die Verteilung der Lasten innerhalb der einzelnen Gemeinden und die möglichst gleichmäßige Verteilung der Aufwendungen des Verbands auf die einzelnen Verbandsgemeinden besprochen und darauf hingewiesen, daß eine Anzahl kleinerer Gemeinden kaum nennenswerte Lasten haben und die Aufstellung eines regulären Budgets unterlassen. Es kommt auch zur Sprache, daß in einzelnen Mittelgemeinden das Wohlfahrtswesen ausschließlich durch Vereine reguliert und das Gemeindebudget von ihnen nicht berührt werde. Endlich wird bemerkt, daß eine Neuregelung des Durchwandererunterstützungswesens von der Zentrale in Frankfurt a. M. geplant sei. Im Verlauf der Debatten, bei der sich Lehrer Stern, Alzey; Moritz Berney, Mainz; Rothschild, Friedberg; Kaufmann, Schotten; Dr. Stahl, Bad-Nauheim; Kommerzienrat Kronenberger, Mainz; Siegfried Rosenthal, Oppenheim; Diplom-Handelslehrer Simon, Darmstadt; Meyer, Wörrstadt; Steinberger, Alsfeld; Rabbiner Dr. Levi, Mainz und der Vorsitzende beteiligen, bemerkt der Herr Vorsitzende, daß beabsichtigt sei, die beantragten Subventionen eventuell durch Vermittlung der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Auszahlung zu brngen.

Der Entwurf des Voranschlags wird einstimmig zum Beschlusse erhoben und gleichzeitig festgestellt, daß er mit Rückwirkung vom 1. April 1928 an in Wirksamkeit zu treten habe. Der Vorsitzende dankt hierauf der Versammlung namens der hiermit bedachten Institutionen für die erfolgte Bewilligung.

Bei der hiernach stattfindenden Wahl des Oberrats wird auf Vorschlag des Herrn Ferd. Oppenheimer, Ober-Ingelheim der Verbandsvorsitzende durch Akklamation unter Bravorufen wiedergewählt.

Herr Kommerzienrat B. A. Mayer dankt für die ihm gewordene Anerkennung und verspricht im gleichen Sinne weiter zu wirken.

Nachdem die Wiederwahl des stellvertretenden Vorsitzenden, des Herrn Kommerzienrat Kronenberger, sich in gleicher Weise vollzogen hat, wird zur Wahl der Mitglieder des Kollegiums geschritten.

Die seitherigen Mitglieder und Stellvertreter werden im allgemeinen en bloc wiedergewählt. Es treten jedoch folgende Veränderungen ein:

Herr Julius Simon, Bingen erklärt, eine Wiederwahl nicht annehmen zu können, da er seinen Wohnsitz verlege. Es wird ihm für seine seitherige Tätigkeit gedankt und an seiner Stelle Herr Justizrat Dr. Marx, Bingen als Mitglied und Herr Oscar Mayer, Bingen als Stellvertreter gewählt. Herr Küchler, Alzey wird als Mitglied und als Vertreter Herr Rosenthal in Oppenheim gewählt. Da die Gemeinde Oppenhem mehr als 50 Sollsteuerzahler hat, kann Herr Rosenthal nicht mehr als Vertreter einer Landgemeinde gelten. Als solcher wird Herr Isaac Oppenheimer, Gau-Bickelheim und als sein Vertreter Herr Ferdinand Oppenheimer, Ober-Ingelheim gewählt.

Nachdem Herr Oppenheimer, Ober-Ingelheim der Leitung gedankt, erklärt der Vorsitzende den geschäftlichen Teil der Verhandlungen geschlossen und erteilt Herrn Rabbiner Dr. Levi, Mainz das Wort zu einem Vortrag über alte jüdische Begräbnisplätze. Herrn Rabbiner Dr. Levi erwähnt einleitend auf den Tod und Begräbnisplätze bezügliche Stellen der heiligen Schrift die verschiedene Art der Grabanlagen, die Literatur über die leichteren und schwereren Trauertage sowie über den Todestag, die Gestaltung der Grabkammern, den Stein über der Grabkammer, den vor dem Betreten des Begräbnisfeldes warnenden Stein (Zijun), den der Persönlichkeit des Bestatteten geltenden Denkstein, und die Entwicklung in der Form der Grabinschriften. Redner berichtet über Friedhöfe in näherer und weiterer Umgebung, mahnt zur Pflege derselben und regt eine Sammlung der kulturhistorisch bedeutungsvollen Inschriften an.

Der Vorsitzende dankt dem Redner für seine interessanten Ausführungen, die, wie er aus dem Beifall wahrgenommen habe, das Einverständnis der Versammlung gefunden haben und schließt gegen 17 Uhr den dritten Gemeindetag.



III. Liste der Oberratsmitglieder für das Geschäftsjahr 1928/1929.

Zufolge der am 1. Juli d. J. stattgehabten Wahl setzt sich das Oberratskollegium wie folgt zusammen:

Kommerzienrat B. A. Mayer, Verbandsvorsitzender;

Kommerzienrat Ludw. Kronenberger, Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden;

Mitglieder:

Karl Benjamin, Bankdirektor Darmstadt;
Justizrat Dr. Goldschmidt, Offenbach a. M.;
Heinrich Hirsch, Fabrikant, Groß=Gerau;
Lehrer Leopold Kahn, Alsfeld;
Ferdinand Krämer, Friedberg;
Jacob Küchler, Alzey;
Rabbiner Dr. Levi, Mainz;
Louis Marcus, Gießen;
Justizrat Dr. Marx, Bingen;
Sanitätsrat Dr. med. Nickelsburg, Worms;
Isaac Oppenheimer, Gaubickelheim;
Rabbiner Dr. Sander, Gießen;
Diplom=Handelslehrer Simon, Darmstadt;
Adolf Steinberger, Alsfeld;

Stellvertreter:

Leopold Hachenburger, Darmstadt;
Dr. Guggenheim, Offenbach a. M.;
Moritz Oppenheimer, Fr.=Crumbach;
Lehrer Sulzbacher, Großbieberau;
Julius Engel, Friedberg;
Siegfried Rosenthal, Oppenheim;
Rabbiner Dr. Dienemann, Offenbach a. M.;
Rechtsanwalt Rothenberger, Gießen;
Oskar Mayer, Bingen;
Rechtsanwalt Dr. Clemens Goldschmidt, Worms;
Ferdinand Oppenheimer, Oberingelheim;
Rabbiner Dr. Lewit, Alzey;
Lehrer Stern, Alzey;
Jacob Goldschmidt, Altenstadt.

Sitzung des Oberrats
am 1. Juli 1928.

Anwesend: der Verbandsvorsitzende Kommerzienrat B. A. Mayer, Mainz; die Oberratsmitglieder und Stellvertreter Herren: Bankdirektor Benjamin=Darmstadt, Justizrat Dr. Goldschmidt=Offenbach, Lehrer Kahn=Alsfeld und Lehrer Sulzbacher=Großbieberau, Ferdinand Krämer=Friedberg, Siegfried Rosenthal=Oppenheim, Rabbiner Dr. Levi=Mainz und Rabbiner Dr. Dienemann=Offenbach, Marcus=Gießen und Rechtsanwalt Rothenberger=Gießen, Sanitätsrat Dr. Nickelsburg=Worms, Oppenheimer=Gaubickelheim und Oppenheimer=Oberingelheim, Rabbiner Dr. Sander=Gießen und Rabbiner Dr. Lewit=Alzey, Dipl.=Handelslehrer Simon=Darmstadt, und Lehrer Stern=Alzey, Goldschmidt=Altenstadt und das bisherige Oberratsmitglied Simon=Bingen.

1. Das Gesuch zweier Gemeinden wegen Anstellung eines Wanderlehrers wird dem Schulausschuß überwiesen.

2. Das Gesuch einer Gemeinde um Beitrag zu den Kosten der Instandsetzung ihres Begräbnisplatzes wird Herrn Kahn zur Prüfung übergeben.

3. Es werden bewilligt:

Beitrag zu den Kosten des Unterrichts einer Gemeinde pro Woche 2 RM.,
für den Unterricht in zwei Gemeinden je 100 RM. pro anno,
einem Lehrer zu Kurkosten a conto späterer Gratifikationen 200 RM.,
einer Gemeinde zur Renovation ihrer Synagoge 150 RM.,
einer Lehrerswitwe ab 1. April 1928 monatlich 10 RM.,
zu den Verpflegungskosten einer Lehrerswitwe 150 RM. per anno.

4. Es bleibt dem Schulausschuß überlassen, zu den Kosten des Unterrichts einer Gemeinde 100 RM. per anno zu bewilligen.

5. Der Schulausschuß wird gebeten, das Gesuch eines Vorbeters vor den Feiertagen zu berücksichtigen.

6. Herr Lehrer Simon übernimmt es, mit einigen Gemeinden und mit deren Lehrer wegen einer anderen Regelung des Lehrergehalts zu verhandeln.

7. Abgelehnt werden: Beiträge zu den Kosten des Unterrichts in zwei Gemeinden. Dem Gesuch einer anderen Gemeinde kann vielleicht im nächsten Jahre entsprochen werden.

8. Dem Gesuche eines Verbandslehrers um Erhöhung seiner Bezüge kann zur Zeit nicht entsprochen werden. — Herr Rabbiner Dr. Levi berichtet, daß seine Absicht, eine Erhöhung zu Lasten eines anderen Lehrers eintreten zu lassen, sich nicht habe verwirklichen lassen, — er rechne jedoch damit, daß die Kosten einer demnächstigen Erhöhung durch erhöhte Lehrergehaltsbeiträge der Gemeinden eines anderen Bezirks gedeckt werden.

Unser **Mitteilungsblatt** ist ein **erfolgreiches Insertionsorgan**

Müller & Comp., Mainz
Telefon 910
Glashütten-Fabrikate
Spezialität: **Weinflaschen aller Art**
Korbflaschen — Probeflaschen
Genagelte Weinkisten.
Telefon 910



Protokoll

über die am Montag, den 4. Juni, in Köln abgehaltene Besprechung der Gemeindeblatt-Schriftleitungen.



Anwesend: Emil Blumenau, Vorsteher der jüdischen Gemeinde Köln, gleichzeitig für die Rheinland-Loge; Gemeinderabbiner Dr. Kober, gleichzeitig für den Provinzialverband für Wohlfahrtspflege; Siegfried Bacharach, Hannover; Rabbiner G. Cohn, Leipzig; Rabbiner Dr. Grünewald, Mannheim; R. Heidelberg, Aachen; Leo Kamnitzer, Erfurt; Sally Kaufmann, Kassel; Dr. Leo Kurzweil, Köln; Rabbiner Dr. Lazarus, Wiesbaden; Rabbiner Dr. S. Levi, Mainz; Dr. Eugen Mayer, Frankfurt a. M.; L. Ploemacher, Dresden; Jacob Sternlicht, Dresden; Dr. Tannenwald, Hamburg; Landesrabbiner Dr. Walter, Dessau.

Auf Wunsch aus der Versammlung heraus eröffnet Rabbiner Cohn 10,30 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, dankt im besonderen dem Vorsteher der Gemeinde und Rabbiner Dr. Kober für das durch ihr Erscheinen bekundete Interesse an den Beratungen. Die Führung der Niederschrift übernimmt Herr Bacharach.

Der Vorsitzende stellt fest, daß zur Zeit Gemeindeblätter erscheinen in Aachen, Anhalt, Bayern, Berlin, Bonn, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hessen, Königsberg, Leipzig, Mannheim, Nürnberg-Fürth, Saarbrücken, Stuttgart. Ferner Wochenblätter, die mit Rücksicht auf ihre Neutralität den Gemeindeblättern gleichzustellen sind, in Chemnitz, Erfurt, Halle, Hannover-Braunschweig, Kassel, Magdeburg, Wiesbaden.

Die Schriftleitungen der in Berlin, Breslau, Königsberg und Nürnberg erscheinenden Gemeindeblätter hatten die Nichtentsendung von Vertretern durch wichtige Behinderungen entschuldigt, ferner war Herr Dr. Schmidt, München durch Krankheit am Erscheinen behindert. Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden und die Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden haben schriftlich ihr starkes Interesse an der Veranstaltung bekundet.

In einem einleitenden Referat spricht Gemeinderabbiner Cohn an Hand einiger an die Beteiligten verteilten Leitsätze über den Zweck der Tagung. Das Gemeindeblatt ist, seitdem 1911 die jüdische Gemeinde zu Berlin zum ersten Male mit der Ausgabe eines solchen begonnen hat, mehr und mehr in größeren und mittleren Gemeinden und Gemeindeverbänden zu einer wichtigen Einrichtung geworden. Wenn in früheren Zeiten die Synagoge (beth hakneßeth) Stätte der Verbindung zwischen dem geistigen Führer und den Gemeindemitgliedern einerseits, und den Gemeindemitgliedern untereinander andererseits gebildet habe, so stelle in neuerer Zeit das Gemeindeblatt diese Verbindung in einer neuen Verhältnissen entsprechenden Weise her. Seine Eigenart bestehe darin, daß es sich im wesentlichen auf die örtlichen Angelegenheiten beziehe und damit die Bindung des Einzelnen an seine Gemeinde, die Eingliederung in die Gemeinden überhaupt und in das gesamte Judentum fördere. Aufgabe des Gemeindeblattes sei es, den Frieden innerhalb der Gemeinde zu festigen, indem die einzelnen in der Gemeinde vertretenen Richtungen einander durch die Berichte über ihre Tätigkeit kennen lernen und näherkommen können. Darum sei in weitestem Sinne Neutralität geboten, müsse alles, was den Frieden zu gefährden geeignet sei, vermieden werden. Daher seien auch alle Polemiken, die leicht heftige Formen annehmen könnten, mit möglichster Vorsicht zu behandeln. Das Gemeindeblatt wolle unter ausdrücklicher Betonung seiner Eigenart sich nicht gegen die allgemeine jüdische Presse richten, sei vielmehr geeignet, für die allgemeine Presse Interesse zu erwecken und dürfe deshalb beanspruchen, daß ihm von dieser Seite keine Schwierigkeiten bereitet werden. Wünschenswert sei, in mittleren und größeren Gemeinden ein wöchentliches Erscheinen, weil nur dadurch die innerhalb der Gemeinden arbeitenden Organisationen ein Organ für die regelmäßige Bekanntgabe ihrer Veranstaltungen besitzen, mindestens aber müsse ein ½ monatliches Erscheinen als Notwendigkeit anerkannt werden.

Vorsteher Blumenau begrüßt die Erschienenen, dankt auch namens der Rheinland-Loge für die Einladung. Er betont die große Bedeutung, die ein Gemeindeblatt für das Leben innerhalb der jüdischen Gemeinde gewonnen hat und die Notwendigkeit des Ausbaues.

Rabbiner Dr. Kober weist in seinen Begrüßungsworten darauf hin, wie notwendig es sei, daß auch für die kleinen Gemeinden hinsichtlich der Einrichtung eines Gemeindeblattes gesorgt werden müsse, wie dies zum Teil ja auch schon in den von Verbänden herausgegebenen Organen berücksichtigt wird.

Dr. Mayer dankt Rabbiner Cohn für Anregung und Vorbereitung der Tagung. Neutralität sei geboten, schließe aber die objektive Erörterung strittiger Probleme nicht aus, die nicht totgeschwiegen werden sollten. Das Gemeindeblatt habe in mancher Hinsicht die frühere Funktion des Rabbiners übernommen, dürfe aber keinen Predigt-Ersatz darstellen. Gewisse Artikel könnten von einer Zentralstelle sämtlichen Gemeindeblättern geliefert werden. Die Vermittlung von Nachrichtenmaterial aus der deutschen und ausländischen jüdischen Welt sei erforderlich. Sehr erwünscht sei auch zentrale Belieferung mit Bildern. Die Gemeindeblätter müßten fortlaufend historische und statistische Mitteilungen aus der Gemeinde bringen, wodurch für die Zukunft wertvolles Quellenmaterial entstehe. Auch die Einrichtung eines fortlaufenden historischen Kalenders komme in Frage. Sehr zu erwägen seien belehrende Artikel aus Bibel und Schrifttum, die aber keinen schablonenhaften Charakter haben dürften. Regelmäßige Bibliographie, Sorgfalt bei Auswahl der Rezensenten. Allgemein interessierende Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen. Honorierung aller Originalartikel, etwa 20 Pfg. für die Druckzeile, Zusatzhonorar für Nachdruck.

Rabbiner Dr. Levi betont, daß diese Zusammenkunft gewissermaßen historische Bedeutung besitze, da zum ersten Male die Gemeindeblätter als eine wesentliche Einrichtung der Gemeinden und Verbände in Erscheinung träten. Zu den schon zuvor gegebenen Anregungen fügt er des weiteren die hinzu, es solle eine Vereinbarung über unentgeltlichen Nachdruck von Artikeln getroffen werden. Er legt Wert auf regelmäßiges Erscheinen von Berichten und Vereinsanzeigen der Jugendorganisationen und empfiehlt die Bildung eines Unterausschusses, der die in den bisherigen Ausführungen gegebenen Anregungen in eine feste Form kleiden solle.

Rabbiner Dr. Grünewald wünscht, daß auch die Berichte über die Vorgänge in den Sitzungen der Gemeindeverwaltung und die über Gemeindeereignisse auszutauschen seien. Er stellt den Grundsatz auf, daß der Inhalt des Gemeindeblattes sich nicht nach den Wünschen der Leser zu richten hat, daß er vielmehr bestimmt sei, die Leser zu erziehen. Besonders wertvoll seien Sondernummern, die sich mit e i n e m Gegenstand befassen.

Dr. Tannenbaum bespricht die Sonderfragen der Veröffentlichung von Austritten aus der Gemeinde und Veröffentlichungen politischer Organisationen im Gemeindeblatt. Nach einer Aussprache, an der sich noch die Herren Kaufmann, Heidelberg, Kamnitzer und Sternlicht beteiligten, wird auf Vorschlag von Rabbiner Cohn beschlossen:

1. Die bei der Zusammenkunft vertretenen Gemeindeblätter treten in gegenseitigen Austausch ihrer Blätter.
2. Es wird ein Ausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren Rabbiner Cohn, Rabbiner Dr. S. Levi, Dr. Mayer und Sternlicht, der die Schaffung einer Interessengemeinschaft der Gemeindeblätter vorbereiten soll. Als Aufgaben der Interessengemeinschaft werden festgestellt:
   a) Artikelaustausch,
   b) Beschaffung von gemeinschaftlichem Bildmaterial,
   c) Beschaffung einer regelmäßigen, möglichst zuverlässigen Bibliographie,

d) Beiträge zur Erklärung des jüdischen Schrifttums,

e) Aufsätze zur Rechtsbelehrung.

Es wird ferner als dringend erwünscht ausgesprochen, nach Möglichkeit Gemeindeblätter auch in die kleinen und kleinsten Gemeinden zu senden, insbesondere sollen in weitgehendem Maße auch Rabbinern und Lehrern auf ihren Wunsch Gemeindeblätter zur Verfügung gestellt werden.

Es wird Einmütigkeit darüber festgestellt, daß im Gemeindeblatt auch Nachrichten aus dem gesamten jüdischen Leben veröffentlicht werden sollen.

Zur Frage der Veröffentlichung von Austritten aus der Gemeinde wird festgestellt, daß diese Frage den örtlichen Verhältnissen entsprechend verschiedenartig zu behandeln sei. Jedenfalls wird von mehreren Herren darauf hingewiesen, daß man mit gutem Bedacht grundsätzlich von solcher Veröffentlichung abgesehen habe.

Auf Anregung des Herrn Landesrabbiner Dr. Walter wird ferner beschlossen, den Versuch zu machen, mit einer Anzeigenexpedition in Fühlung zu treten um festzustellen, unter welchen geschäftlichen Modalitäten es möglich sei, Anzeigenaufträge für alle angeschlossenen Gemeindeblätter gleichzeitig zu beschaffen.

Angeregt wird auch ein Zusammenschluß der Schriftleiter, der besonders dann notwendig sei, wenn die Gemeinden ihre Zustimmung an der geplanten Interessengemeinschaft versagen sollten.

Rabbiner Cohn bringt ein Schreiben der Jüd. Telegraphen-Agentur zur Verlesung, worin diese bittet, daß die Gemeindeblätter in größerem Umfange als es bisher geschehen ist, den Nachrichtendienst der „Jta" zu beziehen. Von verschiedenen Seiten wird die Höhe der Bezugsgebühren als Grund dafür ausgesprochen, daß man auf die Nachrichten nicht abonniert sei.

Nachdem wiederholt Herrn Rabbiner Cohn aus der Versammlung heraus für die Vorbereitung und Durchführung der Zusammenkunft gedankt worden ist, dieser für die Mitarbeit der Teilnehmer seinen Dank ausgesprochen hat, wird gegen 2 Uhr die Sitzung geschlossen.

Am Nachmittag trafen sich die meisten Teilnehmer bei einer Führung durch die jüdische Ausstellung der Pressa.

Aus unseren Verbandsgemeinden.

Mainz. Verreist vom 5. Juli bis 3. August d. J.

Rabbiner Dr. Levi, Mainz.

Vertreter: Rabbiner Dr. Lazarus, Wiesbaden, oder bis 15. Juli Dr. Holzer, Worms; ab 17. Juli Dr. Dienemann, Offenbach.

Worms. Ich bin vom 16. Juli bis 6. August d. J. verreist.

Rabbiner Dr. Holzer.

Vertreter: Herr Rabbiner Dr. Lewit, Alzey und Herr Rabb. Dr. Dienemann, Offenbach.

Oberolm. Am 9. Juli beging Frau Bina Abraham, Ehefrau des verstorbenen Ludwig Abraham, im Kreise ihrer Kinder und Enkel ihren 70. Geburtstag bei voller körperlicher und geistiger Frische.

Wallertheim. Herr Emil Isaac wurde zum ersten Vorsteher unserer Kehillo wiedergewählt und vom Kreisamt Oppenheim als solcher bestätigt. Der Vorstand setzt sich nunmehr zusammen aus den Herren: Emil Isaac, 1. Vorsitzender, Aug. Baum und Isaac Oppenheimer, Beisitzer.

Verbände und Vereine.

Die 7. ordentliche Delegiertentagung des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands in Dresden, über die wir schon kurz berichteten, hat in allen Kreisen des deutschen Judentums große Beachtung gefunden. Es war nicht nur der geistige Gehalt, auf den wir in folgendem näher eingehen werden, sondern vor allen Dingen der stark spürbare menschliche Zusammenhang, welcher diese große Zusammenkunft jüdischer Jugend zu einem besonderen Ereignis gestaltete.

In der von künstlerischen Darbietungen umrahmten Eröffnungsfeier sprach Rabbiner Dr. Albert Wolf, Dresden, Worte der Weihe. Nach Begrüßungsworten des Verbandsvorsitzenden Dr. Klein, Düsseldorf entboten Rechtsanwalt Salinger, Dresden namens des Gemeindeverbandes Sachsen, Rabbiner Dr. Leo Baeck, Berlin, namens der Großloge UOBB., Dr. Ludwig Tietz, Berlin für den Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände und Heinrich Guttmann, Chemnitz namens des Landesverbandes Sachsen der jüdischen Jugendvereine der Tagung herzliche Grüße und Wünsche.

Rabbiner Dr. Max Wiener, Berlin sprach sodann über „Die Verwirklichung der Persönlichkeit in der sachlichen Arbeit". Er ging von der Feststellung aus, daß die jüdische Religion über alle Besonderheiten parteimäßig getrennter Auffassungen hinweg das Leben von innen nach außen betrachte und Verwirklichung einer Gesinnung, den Willen zur Ausführung und Wirklichkeitsgestaltung verlangt. Die Folge der Erziehung der jüdischen Religion sei, daß der Jude im Leben besonders aktiv werde. Man könne heute keinen Dualismus mehr zwischen Wirklichkeit und Idee anerkennen. Es gebe keine Wahrheit ohne Wirklichkeit, das heißt Wirksamkeit. Aus dieser Erkenntnis müsse man die notwendigen Folgerungen ziehen, es gelte Klarheit zu gewinnen über das, was ist, um sich entscheiden zu können, und das scheine ihm auch als die Aufgabe, die sich aus der Tendenz des Verbandes ergebe. Unsere Neutralität sei einmal der Ausdruck von Besonnenheit, die vor dem Urteilen lernen will, dann aber vor allem Frucht des Glaubens, daß es ein wurzelhaft Jüdisches gibt, ein Positives als die Voraussetzung des K'lal. Was wir in unserem Bunde wollen sei, uns zu dem Gedanken der Einheit der jüdischen Weltgemeinde zu bekennen und uns selber zu erziehen. Aus innerer Ueberzeugung heraus wollen wir die Zelle zur Bildung eines einheitlichen Judentums sein, wollen lernen und uns bilden, aber vor allem, um wirken zu können.

Herbert Felsenthal, Düsseldorf, forderte in seinem Referat „Die Arbeit in den Bünden" die Festsetzung eines Erziehungsmindestprogramms aus der Erkenntnis, daß der Verband und seine Bünde ein einheitliches Gebilde seien, das eine einheitliche Erziehungslinie verlangt. Das Erziehungsmindestprogramm müsse von der Voraussetzung ausgehen, daß jedes Bundesmitglied während seiner aktiven Zeit mit allen der jüdischen Gemeinschaft imanenten Fragen in Berührung kommt. Das Minimalprogramm soll zum mindesten das Verständnis jüdischer Gegenwart und das Gefühl der unlösbaren Verbundenheit mit allen Erscheinungsformen des jüdischen Lebens bringen. Als unerläßliche Punkte dieses Programms erscheinen ihm: der Gottesdienst, das Fest, das Haus, die Gemeinde, die Parteien, die Organisationen der Juden in Deutschland, die jüdische Heimstätte in Palästina, das jüdische Volkstum außerhalb Deutschlands, ebenso wie die nicht nur jüdischen Fragen: Staat, Erziehung, Wirtschaft. Weiter forderte er die Einrichtung von drei Kreisen der Arbeit: den Werbekreis, den weiteren oder Arbeitskreis und den engeren Kreis oder die Gilde. Der Werbekreis stellt die Verbindung des Vereins mit der Oeffentlichkeit da; der Arbeitskreis dient der Verwirklichung des Erziehungsmindestprogramms; der engere Kreis oder die Gilde dient dem doppelten Zweck des Lehrens und Lernens, das heißt, der führerischen Arbeit im weiteren Kreis ohne Begrenzung auf einen bestimmten Bund. Nur durch eine solche einheitliche Erziehungslinie in den Bünden, beginnend bei der Junggruppe, die in gleicher Richtung aber mit anderen Mitteln arbeitet, sei im Geiste unserer Idee ein einheitliches Erziehungsergebnis zu erwarten.

Dr. Julius Herzfeld, Essen ging in seinem Referat „Die Arbeit der Jugend in der Gemeinde" von der Erwägung aus, daß die Arbeit in den Bünden notwendigerweise die Mitarbeit in den Gemeinden zur Folge haben müsse. Der Jugend müsse aber durch die Gemeindegesetzgebung die Möglichkeit praktischer Mitarbeit gegeben werden; deshalb sei zu fordern, daß in bezug auf das aktive und passive Wahlrecht in den Landesverbänden und Gemeinden die weitestgehende Anpassung an die entsprechenden Bestimmungen der Reichsverfassung gesichert werden. In der Frage der Karenzzeit müsse nach Würdigung aller Bedenken ein Zeitraum von 6 Monaten als vollauf genügend angesprochen werden. Erst diese Voraussetzungen machten die praktische Mitwirkung, vor allem auch an den sozialen Aufgaben der Gemeinden seitens der Jugend möglich. An der Schaffung einer auf breitester demokratischer Grundlage gewählten Gesamtvertretung der deutschen Juden sei die jüdische Jugend aufs lebhafteste interessiert.

In einer vielstündigen Debatte wurden die Anregungen und Forderungen der Referate, wie auch die Wege der bisherigen Bundesarbeit einer eingehenden Kritik unterzogen. Hinsichtlich der Erziehungsarbeit des Verbandes kam der Wunsch nach Intensivierung und Ausbau allseitig zum Ausdruck. In bezug auf die Stellung des Verbandes zu den Fragen der Judengesetzgebung gelangte folgender Antrag Felsenthal-de Jonge mit Stimmenmehrheit zur Annahme:

„1. Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden wolle in dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen, unverzüglich folgende Entschließung aufnehmen:

a) Die Wahlfähigkeit beginnt mit dem vollendeten 20. Lebensjahre.

b) Die Wahlfähigkeit und Wählbarkeit dürfen nicht von einer Karenzzeit abhängig gemacht werden.

2. Die nichtpreußischen Landesverbände wollen dafür Sorge tragen, daß die Bestimmungen der Judengesetze in den einzelnen Ländern einem modernen Jugendwahlrecht entsprechen, insbesondere die Wahlfähigkeit mit dem 20. Lebensjahre beginnen lassen, sowie Zensus und Karenzzeit abschaffen.

3. Falls die geforderten Aenderungen von den zuständigen Landesverbänden nicht durchgeführt werden, wird von den Synagogengemeinden gefordert, daß sie ihnen freigestellte Verschärfungen der Bestimmungen über Wahlalter, Karenzzeit usw. nicht durchführen. Im Falle das Gemeindestatut Bestimmungen enthält, die den Forderungen des Verbandes widersprechen, wird von den Gemeinden gefordert, daß sie unverzüglich eine Satzungsänderung vornehmen.

4. Der BJJD. erwartet von sämtlichen Parteien der Landesverbände und Gemeinden,

a) daß sie ihren ganzen Einfluß für eine Neuregelung im Sinne der Forderungen des BJJD. einsetzen,

b) daß sie bei der Aufstellung von Kandidatenlisten für Landesverbände und Gemeinden Vertreter der Jugend an aussichtsreicher Stelle nominieren.

5. Der BJJD. spricht die Erwartung aus, daß die jüdischen Körperschaften, die die Schaffung eines Reichsverbandes der deutschen Juden vorbereiten, alles daran setzen werden, um in kürzester Zeit eine demokratische Gesamtvertretung der deutschen Juden zu erreichen."

In der geschlossenen Delegiertentagung wurde die neue Satzung des Verbandes beraten. Der neu gefaßte Tendenzparagraph: „Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands erzieht auf der Grundlage einer umfassenden Neutralität die in ihm vereinigte Jugend zu bewußtem Judentum in gesamtjüdischem Denken und Wollen und im Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung" wurde einstimmig angenommen.

Die Schaffung eines Kulturamtes wurde beschlossen und die Richtlinien für die Junggruppenleitung genehmigt. Der Kassenbericht und der neue Etat sind nach längerer Debatte angenommen worden. Dem scheidenden Verbandsvorstand wurde per Akklamation Entlastung erteilt.

Die Neuwahlen des Vorstandes und des Beirates hatten folgendes Ergebnis: Leitung: Dr. Hugo Hahn, Essen (1. Vorsitzender); Assessor Herbert Felsenthal, Düsseldorf (2. Vorsitzender); Fritz Schwarzschild, Düsseldorf (geschäftsführender Vorsitzender); Karl Goeritz, Chemnitz (Schatzmeister); Dr. Klein, Düsseldorf (Schriftleiter des „Jugendbund"); Waldemar Strauß, Berlin; Vorstand: Elsbeth Capell, Düren; Assessor Dr. Einstein, Stuttgart; Hans Friedberg, Karlsruhe; Irvin Eppstein, Saarbrücken; Referendar Aribert de Jonge, Duisburg; Alice Kovacs, München; Referendar Dr. Hans Karger, Görlitz; Rechtsanwalt Dr. Hermann Lehmann, Bremen; Lehrer Jaques Raphael, Beckum.

Unter der begeisterten Zustimmung der Versammlung überreichte der neue 1. Vorsitzende Dr. Hahn, Essen dem bisherigen Verbandsvorsitzenden Dr. Klein, Düsseldorf als äußeres Zeichen der Dankbarkeit für die hingebungsvolle Aufbauarbeit eine künstlerische Plakette.

Als Abschluß der Tagung sprach Rabbiner Dr. Hahn über „Die jüdische Jugend im Weltjugendbund". Beste jüdische Ueberlieferung fordere von dem jüdischen Menschen die Mitwirkung an allen Werken der Zusammenarbeit der Menschheit. Der Jugend falle die Aufgabe zu, zur Sicherung des Friedens jüdische Werte im Weltjugendbund zu verwirklichen und den Weg zur Verwirklichung der Friedensarbeit zu finden. Die jüdische Jugend müsse den Weg über die eigene Problematik hinaus in dem Zusammenwirken und im Zusammengehen mit anders gearteter Jugend suchen, um dort ihre Idee der Brüderlichkeit der Menschen zu verwirklichen.

Der Düsseldorfer Sprechchor sprach „Stimmen der Jugend" von Bröger und mit herzlichen Dankesworten an alle Helfer der Tagung, besonders an Kurt und Elsa Hirschel, schloß der Vorsitzende diese bedeutsame Tagung jüdischer Jugend.

Im Anschluß an die Dresdener Tagung des Jüdischen Jugendverbandes folgten 130 Delegierte aus 52 Bünden der Einladung der drei Prager UOBB.-Logen und der Herdervereinigung, des Prager Jugendbundes.

Ein Begrüßungsabend vereinte etwa 400 Personen im Festsaal des Prager Logenhauses. Den herzlichen Begrüßungsworten des Präsidenten der Herdervereinigung, Dr. Bondy, folgte ein Vortrag des Konrektor der deutschen Universität, Professor Dr. Steinherz, über „Das jüdische Prag". Namens des Jugendverbandes und der Gäste dankte Fritz Schwarzschild für die außerordentliche Gastfreundschaft und bezeichnete diesen Besuch jüdischer Jugend aus Deutschland als den ersten Schritt auf dem Wege zur Schaffung enger Beziehungen zwischen jüdischen jungen Menschen über die nationalen Grenzen hinaus. Ein frohes Mahl, gewürzt durch die Begrüßungsreden der Delegierten der Logen, hielt Gastgeber und Gäste noch lange zusammen.

Die glänzende Vorbereitung ermöglichte es, innerhalb der zwei Tage ein umfassendes Bild des schönen Prag und vor allem seiner jüdischen Stätten zu vermitteln.

Die durch diesen Besuch angeknüpften freundschaftlichen Beziehungen sollen durch eine möglichst enge Zusammenarbeit in der nächsten Zeit schon vertieft und ausgebaut werden. Die Prager Reise hat bei allen Teilnehmern dank der Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft der Prager einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Die Ziehung unserer Wertlotterie zur Errichtung einer deutschen Lungenheilstätte für jüdische Männer und Knaben wurde endgültig auf den 26. September hinausgeschoben.

Wer ein Liebeswerk bedeutendster und dringlichster Art fördern und sich gleichzeitig die Möglichkeit von Gewinnen erlesenster und kostbarster Art sichern will, möge Lose bestellen, die erhältlich sind: in **Frankfurt a. M., Holzgraben 2, 2. St.**

Am 29. und 30. Mai fand in Berlin die **Hauptversammlung des Rabbiner-Verbandes in Deutschland** statt.

Die Sitzung am 29. Mai, die nur für den Vorabend berechnet war, war eine geschlossene. In ihr wurden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt. Rabbiner Dr. Dienemann erstattete den Geschäftsbericht, wiederholte was seitens des Verbandes zugunsten der Kollegen im Laufe der Berichtsperiode geschehen ist und in welcher Weise der Rabbinerverband mit Forderungen und Anregungen ideell religiöser Art an die Oeffentlichkeit getreten ist. Er wies insbesondere auf den Aufruf hin, der zu den hohen Feiertagen erlassen worden war und der allgemein günstige Wirkungen erzielt hat. Er erörterte sodann die mit der neuen Besoldungsreform und der veränderten Gruppeneinteilung verbundenen Fragen. In der Diskussion wurde besonders erörtert die Frage des normalen Anstellungsvertrags und die damit in Zusammenhang stehende Frage der Revision des preußischen Judengesetzes. In dieser Sitzung wurde die Wahlkommission eingesetzt, die die Neuwahl zu leiten hatte. Die Zusammensetzung des Zentralausschusses wurde von ihr in die Wege geleitet. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden die bisherigen Leiter Rabbiner Dr. Baeck, Berlin, Rabbiner Dr. Horowitz, Frankfurt a. M. wieder.

Die Sitzung vom 30. Mai, die früh um 9 Uhr begann, war eine öffentliche. Der Vorsitzende begrüßte zunächst die erschienenen Rabbiner — es waren ungefähr einhundertzwanzig — die Vertreter der Behörden, die Rabbiner, die als Gäste aus den Nachbarstaaten anwesend waren und die sonstigen Vertreter der geladenen Körperschaften und Organisationen. Er gedachte der während der Berichtszeit dahingeschiedenen Rabbiner.

Namens des preußischen Landesverbandes und einer Reihe von anderen Körperschaften begrüßte Professor Türk die Versammlung, im Namen der jüdischen Gemeinde das Vorstandsmitglied Direktor Kareski, namens der Theolog. Lehranstalten und namens der Logen Dozent Dr. Lewkowitz.

Die sämtlichen Redner gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß der Rabbinerverband in öffentlicher Sitzung Probleme des öffentlichen Lebens der Gegenwart anpacke. Das Reichsministerium des Innern und das preußische Ministerium für Volksbildung haben die Versammlung schriftlich begrüßt.

Für die öffentliche Sitzung war das Thema gewählt „Die Forderung des Judentums für die Gestaltung des Lebens". Bei der Auswahl des Themas war die Absicht vorwaltend, das Recht und die Pflicht des Judentums deutlich heraus zu sagen, von seiner Idee aus auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens Einfluß zu nehmen, weil das im Sinne und in der Aufgabe des religiösen Empfindens liegt.

Der erste Redner, Rabbiner Dr. Lewkowitz, Berlin sprach über wirtschaftliche Ethik, er setzte sich mit der Frage des Kapitalismus und des Sozialismus auseinander. Insoweit dem Kapitalismus alles nur Mittel zum Zweck der Erzielung höchstmöglichster Rentabilität ist, stellte er ihm die jüdische Idee von dem Eigenwert der Persönlichkeit, den Humanitätsgedanken, gegenüber, und insoweit Sozialismus den Eigenwert des Individuums trübt und vernichtet, stellte er auch ihm die jüdische Ethik gegenüber, die, mag sie noch so sehr den sozialen Charakter des Menschen betonen, die Eigenart des Individuums aufrecht erhalten will.

Das zweite Referat hatte Rabbiner Dr. Salzberger, Frankfurt über Bodenreform. Er entwickelte die alte jüdische Gesetzgebung über den Bodenbesitz und die Besitzveränderung an Boden und führte in längerer sachlicher Darstellung aus, wie notwendig es sei auch als Forderung der jüdischen Ethik alle Bestrebungen zur Rückkehr zum Boden zu unterstützen und zu pflegen.

Als dritter Referent sprach Rabbiner Dr. Eschelbacher, Düsseldorf über Bevölkerungspolitik. Er ging aus von dem in der Gegenwart nicht zu verkennenden Pessimismus, der sich in der Beschränkung und der Verhütung der Geburten zeigt, wies nach, wie

auch in der älteren Geschichte des Judentums Perioden eines solchen Pessimismus vorhanden waren und überwunden wurden. Er wies darauf hin, daß über alle wirtschaftlichen Gründe hinaus letztlich eine Aenderung des Willens in diesen Dingen nur zu erzielen ist durch die lebenbejahende Auffassung, die aus einer wirklich inneren Religiosität quillt, aus der das Vertrauen und die Zuversicht erwachsen.

Ein Korreferat zu den sämtlichen Referaten erstattete Rabbiner Dr. Arthur Levy, Berlin. Auch er betonte den Primat des Menschen vor der Wirtschaft und hob mit besonderem Nachdruck das Recht auf den Sabbat als Parallele des Rechtes auf die Arbeit hervor. In der Diskussion wurden Stimmen laut, daß die Probleme des deutschen Judentums angesichts der geringen Zahl, die das deutsche Judentum innerhalb der Gesamtjudenheit darstellt, als nicht von höchster Wichtigkeit zu betrachten seien. Dem gegenüber wurde auf die Führerrolle des deutschen Judentums hingewiesen. Die Diskussion bot ein deutliches Bild von den mancherlei Fragen persönlicher Lebensgestaltung, die dem Rabbiner in der Seelsorge und in der Kleinarbeit des Tages entgegentreten, vor allem von den Problemen der Sabbatheiligung und der Sexual-Ethik. Es lag im Wesen einer solchen Diskussion, daß sie keine Lösung aufstellen konnte, sondern nur ein ernstes Ringen mit den Problemen bedeutete.

Zum Schluß erstattete Rabbiner Dr. Horowitz, Frankfurt den Bericht über die Tätigkeit des sozialen Ausschusses. Er gab seiner Freude Ausdruck über die Errichtung sozialer Kurse an den theolog. Lehranstalten. Seine Ausführung begann und schloß mit dem Wort des Propheten „Das Verlorene suche ich, das Kranke heile ich."

Der Jüdische Frauenbund, Verband Berlin, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, berichtet uns folgendes aus dem Mädchenwohnheim II, Auguststraße 17 (Studentinnenheim).

Das Heim, das seit 1925 besteht und das einzige in Berlin bestehende jüdische Wohnheim für das in der Ausbildung begriffene Mädchen ist, hat sich im vergangenen Jahre von 10 auf 12 Plätze vergrößert. In der Zeit vom 1. April 1927 bis 1. April 1928 wohnten insgesamt 20 Mädchen im Heim, die sich zu folgenden Berufen vorbereiteten: Apothekerin (1), Bibliothekarin (1), Fürsorgerinnen (5), Haushaltungsschülerin (1), Heilgymnastik (1), Hortnerinnen (2), Kunstgewerblerin (1), Jugendleiterin (1), Laborantin (1), Lehrerin (1), Putzmacherin (1), Schneiderin (1), Studentin der Medizin (1), Studentinnen der Philologie (2). Der Pflegesatz beträgt bei voller Pension 80 Mark monatlich. Die Zimmer werden jeweils von 2 jungen Mädchen geteilt. Aus den zahlreichen Anfragen schließen wir, daß das Heim einem starken Bedürfnis entgegenkommt. Auskunft erteilt der Verband Berlin des Jüdischen Frauenbundes, Berlin N 24, Monbijouplatz 10.

Bücherschau.

Religion oder Illusion? Eine Auseinandersetzung mit dem jüngsten Buche Prof. Sig. Freuds: „Die Zukunft einer Illusion", von Medizinalrat Dr. Heinrich Haase. Wien und Leipzig 1928, Dr. Verlag Moritz Perles.

Man mag zur psycho-analytischen Forschung stehen, wie man will, sicher ist, daß die psycho-analytische Wissenschaft eine Fülle von neuen Erkenntnissen gebracht hat, die bahnbrechend gewirkt haben auf allen Gebieten der modernen Kultur. Was nun die Religion anbelangt, hat der geniale Begründer der psycho-analytischen Wissenschaft, Sigmund Freud, beireits in seiner Arbeit „Toten und Tabu" ihre Urgeschichte analysiert. Besonders eingehend beschäftigt sich Freud in seiner neuesten Schrift „Die Zukunft einer Illusion" mit der Frage nach „dem Anteil, den die psycho-analytische Betrachtung zur Lösung des religiösen Problems leisten kann". Die Religionen sind nach Freud Zwangsneurosen, die aus der Kindheit der Menschheit stammen und heute überwunden werden müssen. Freud will an die Stelle der durch eine „Erziehung zur Realität überwundenen Religion den Primat des Intellekts" setzen, und er meint, daß die Menschheit sich gerade jetzt in einer dazu geeigneten Phase befinde. — Mit diesem Werke von Sigm. Freud setzt sich nun Medizinalrat Dr. Heinrich Haase in seiner Schrift „Religion oder Illusion?" in überaus interessanter und scharfsinniger Weise auseinander. Unter fleißger Benutzung aller einschlägigen Literatur, von Sokrates angefangen, über Spinoza, Fichte, Hegel, Feuerbach bis Spengler und Einstein, sucht der Verfasser dem Hauptangriff der Philosophie gegen die Annahme eines persönlichen Gottes, der aber undefinierbar bleibt, dadurch zu begegnen, daß er fragt, „ob die Schöpfung durch das Wort, durch den Gedanken, durch Ausstrahlung, durch den unbewußten Geist mehr sagt, leichter faßbar ist als die Worte der Bibel: „Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde". Auch die Wissenschaft allein, deren Primat Freud dem Glauben gegenüber betont, vermag nicht, die Welträtsel befriedigend zu lösen. Religion ist keine Illusion. Gerade in unseren Tagen durchströmt ein breiter Strom religiöser Sehnsucht die Welt, und von allen Seiten sucht man ihm die Wässer zuzuführen, die sonst im Boden wieder versickern würden. „In der Gottes- und Sittenlehre des Alten Testaments und der Propheten ist jene religiöse Form gegeben, welche die Bestrebungen des modernen Völkerlebens zu weihen, der kranken und zerrütteten Gesellschaft Heilung, Frieden und Versöhnung zu bringen vermag".

Wir empfehlen die kleine Broschüre von Heinrich Haase all denen aufs wärmste, die den psycho-analytischen Forschungen ihr warmes Interesse entgegenbringen und dennoch dem Ergebnis der letzten Schrift des großen Forschers Sigm. Freud „Die Zukunft einer Illusion" aus ihrer religiösen Haltung heraus nicht zustimmen können. — Dem Verfasser der Broschüre, Medizinalrat Dr. Heinrich Haase, gebührt unser Dank für seine Arbeit.

Dr. Paul Lazarus-Wiesbaden.

Die unter dieser Rubrik in voriger Nummer in Aussicht gestellten Besprechungen müssen wegen Raummangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden.



Jüdischer Jugendverein Mainz a. Rh.

Heim: Gemeindehaus, Gabelsbergerstraße.

Programm für Juli 1928.

1. **Juli, Sonntag:** Treffahrt mit Bingen. Treffpunkt Mainz Hptbf. 7,20 Uhr vormittags. Stromberg, Rheinböllerhütte, Dichtelbach, Blüchertal, Steeg, Bacharach. Führung Max Tschornicki.

2. **Juli, Montag:** 8¾ Uhr Heimabend im Heim. Besprechung zwecks Gründung einer Sportgruppe. Zu dieser Besprechung sind alle dringend eingeladen, die sich für die Gründung dieser Gruppe interessieren.

4. **Juli, Mittwoch:** 6½ Uhr vormittags, Gymnastikkurs von Else Schwarzschild.

5. **Juli, Donnerstag:** 8¾ Uhr, Heimabend. Leitung Max Tschornicki. Ueber das Buch von Wölflin: „Kunstgeschichtliche Grundbegriffe".

8. **Juli, Sonntag:** Fahrt in das Strandbad Frei-Weinheim. Treffpunkt Mainzer Anlegestelle der Köln-Düsseldorfer Rheindampfer am Rheinufer, 9,15 Uhr vormittags. Leitung Walter Kramer. **Nur bei trockenem Wetter.**

9. **Juli, Montag:** 8¾ Uhr, Heimabend. Leitung Max Tschornicki. Thema wie oben.

11. **Juli, Mittwoch:** 6½ Uhr vormittags, Gymnastikkurs.

12. **Juli, Donnerstag:** Heimabend, 8¾ Uhr. Leitung Dr. Picard. Thema wird noch bekannt gegeben.

15. **Juli, Sonntag:** Fahrt nach Idstein, Strinz, Michelbach. Treffpunkt Mainz Hptbhf. 7,40 Uhr. Führung Josef Kahn.

16. **Juli, Montag:** 8¾ Uhr, Lese- und Unterhaltungsabend. Leitung Max Tschornicki und Ernst Hirsch.

18. **Juli, Mittwoch:** 6½ Uhr vormittags Gymnastikkurs.

19. **Juli, Donnerstag:** 8¾ Uhr, Heimabend. Leitung Josef Kahn. Thema wird bekannt gegeben.

22. **Juli, Sonntag:** 8 bis 10 Uhr vormittags gemeinschaftliches Rudern. Leitung Walter Kramer. Treffpunkt 8 Uhr vormittags, Bootsanstalt Proff im Winterhafen. (Ohne Haftung des Vereins).

23. **Juli, Montag:** Heimabend. Leitung Max Tschornicki. „Kunstgeschichtliche Grundbegriffe."

25. **Juli, Mittwoch:** 6½ Uhr vormittags Gymnastikkurs.

26. **Juli, Donnerstag:** Sitzung des Erziehungsausschusses. Einladungen hierzu ergehen noch.

29. **Juli, Sonntag:** Treffahrt mit Frankfurt, Wiesbaden, Höchst und Offenbach. Königstein, Fuchstanz, Schmitten, Oberreifenberg, Feldberg, Königstein. — Treffpunkt Bahnhof Mainz-Kastel, 7,15 Uhr vormittags. Führung Max Tschornicki und Ernst Neuburger.

30. **Juli, Montag:** 8¾ Uhr, Heimabend. Leitung Max Tschornicki. Thema wie oben.

1. **August, Mittwoch:** 6½ Uhr vormittags Gymnastikkurs.

Es ist beabsichtigt, eine besondere Sportgruppe unter Leitung eines geprüften Sportlehrers einzurichten. Alle diejenigen, die sich dafür interessieren, sind gebeten, dies durch Postkarte mit Adressen-

angabe an Max Tschornicki, Mainz, Große Bleiche 66, mitzuteilen. (Durch diese Mitteilung entsteht noch keine Verpflichtung.)

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß für Fahrten eine leichte, einfache Kleidung am zweckmäßigsten ist. — Es ist beschlossen worden, allen Teilnehmern an dem Gymnastikkurs von Else Schwarzschild einen Zuschuß von 0,50 RM. monatlich zu gewähren. Es wird erneut auf diesen Kurs aufmerksam gemacht. Eintritt in ihn kann jederzeit erfolgen.

Werbt für den jüdischen Jugendverein. Bringt Euere Freunde und Bekannten zu den Veranstaltungen mit! Erscheint pünktlich!

Der Vorstand.



Bund Jüdischer Pfadfinder „Kadimah" Mainz.

Bundesanschrift: Hindenburgplatz 1.
Bundesheim: Schulstraße 64, Hth., part.

Arbeitsplan für Monat Juli 1928.

Sonntag, 1. Juli: Fahrt aller Formationen, getrennt.
Dienstag, 3. Juli: Liederkreis. Arbeitsabend der Schwalben-Patr.
Mittwoch, 4. Juli: Heimabende der Ring-Patr. und der Schwalben.
Donnerstag, 5. Juli: Hebräische Kurse.
Samstag, 7. Juli: Heimabende der Füchse und Eichhörnchen.

Von Sonntag, den 8. bis Sonntag, den 29. Juli dauern die Mainzer Bundesferien. Sie beschließen das alte Bundesjahr und leiten hinüber zum Bundestage, der vom 29. Juli bis 1. August stattfindet unweit von Gelnhausen im Vogelsberg. Aufgabe dieses Bundestages ist es, unter strengster Selbstkritik an der geleisteten Arbeit sich Rechenschaft zu geben über das Vergangene, und den neuen Weg unserer Gemeinschaft vorzuzeichnen.

Jüdischer Jugendbund „Gesellschaft der Freunde" Offenbach a. M.

Donnerstag, 12. Juli, abends 8¾ Uhr: Heimabend. „Dresden und wir. Wie stehen wir jungen Juden zur Religion? (Leitung Werner Bachmann).
Freitag, 20. Juli, abends 8¾ Uhr: Freitagabend.
Donnerstag, 26. Juli, abends 8¾ Uhr: Heimabend. Besprechung jüdischer Tagesfragen. (Leitung Dr. Kurt Herz).
Sonntag, 29. Juli: Treffahrt mit den Vereinen Mainz und Höchst. Abfahrt (Landesgrenze spätestens ¾7 Uhr) ab Frankfurt Hauptbahnhof um 7,27 Uhr mit Sonntagskarte 4. Kl. nach Kelsterbach; Wanderung nach Forsthaus Gundhof bei Walldorf.

Wir weisen ferner darauf hin, daß am 19. August 1928 ein Süddeutsches Treffen in Stuttgart stattfindet; näheres ist bei Paula Dienemann zu erfragen, die auch die Meldungen entgegennimmt.

Alle Veranstaltungen finden im kleinen Saal statt. — **Kommt zahlreich und pünktlich zu allen Veranstaltungen! — Lest den „Jugendbund!" — Benutzt die Vereinsbibliothek!** — Gäste sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Mainzer Pädagogium

Fernruf 3173 **Höhere Privatschule** Fernruf 3173

Vorbereitung für alle Klassen der höheren Schulen, Obersekunda, Prima, Abitur; auch für Damen.

Abschlußprüfung Herbst und Ostern für den Stoff der früheren Einjährigen an der Schule. — Versäumte Jahre werden schnell und sicher nachgeholt.

Sprechzeit: Diether v. Isenburgstr. 10¹/₁₀' von 12—2 Uhr.

Personalnotizen.

Geboren:

Hillesheim (Rheinhessen) 22. 6. 28 ein Sohn des Herrn Sally Hirsch.

Verlobte:

Illingen—Mainz: Frl. Irmgard Levy mit Herrn Erich Metzger.

Vermählte:

Groß-Gerau—Guntersblum: Moritz Hertz mit Hede Hertz, geb. Oppenheimer.

70. Geburtstag.

Viernheim: Hugo Weißmann.

Gestorben:

Mainz: 14. 6. 28 Frau Klara Rosenthal geb. Feist, 66 J. alt.
2. 7. 28 Fräulein Ernestine Nathan.

Agrippina-Konzern
Konzerngesellschaft:
Frankfurter Lloyd
Versicherungs- Verwaltungs- Vermittlungs- Gesellschaft
Spezialität: Auto- und Fahrzeug-Finanzierung
Auskunft erteilt:
Vertretung:
Albert Stern :: Darmstadt
Saalbaustr. 7 II Fernruf 4265

P. A. Stoss Nachf., Mainz
Ludwigstraße 2²/₁₀ / Fernruf 4107
Gummiwaren ∗ Bandagen aller Art
Sämtliche Artikel zur Kranken- und Gesundheitspflege
Damen- und Herren-Bedienung
Maßabteilung

Ein Vorbeter
für
Roschhaschonoh u. Jomkippur
gesucht.
Isr. Gemeinde Wörrstadt

Für alle elektrotechnischen Installationen u. Reparaturen empfiehlt sich
Peter Zenkert
hint. Synagogenstr. 32
Fernsprecher 2359

Tapeten :: Linoleum
Alle Preislagen billigst. ∗ Durch eigne Leger verlegt
Christian SCHEPP ∗ Darmstadt
Soderstraße 19—21 Telefon 737

Adam Hatzmann jr., G. m. b. H.
Osteinstraße 2 **Mainz** Fernruf 805
Kohlen :: Koks :: Holz :: Briketts
Spezialität: Erstklassige Anthrazitkohlen (Marke Langenbrahm) Pa. Zechenkoks a. best. Ruhrzechen
Reelle Bedienung Billigste Preise
Vertretung: Frau Dr. Leopold Mayer, Kaiserstraße 62, Fernruf 967

Hch. Stenner, Mainz
Stadthausstr. 9 * Fernsprecher 3934
Spezial-Geschäft für
Oefen u. Herde
Kompl. Kücheneinrichtungen

Müller & Ober, Darmstadt
„Adler"-Automobile
„Chevrolet"-Automobile
Adler-Fahrräder
Adler-Schreibmaschinen

Rheinstrasse Nr. 39 ♦ Fernsprecher Nr. 2498

Matratzen
Eigene Anfertigung, in jed. Füllung sowie Holz- und Metallbetten Patentrahmen, Deckbetten, Kissen Chaiselongues, Steppdecken
Gute Qualitäten — Niedrige Preise
Betten-Spezial-geschäft **D. Reiner**
Mainz, 9 Steingasse 9

Karl Frohnhäuser Inh. *Friedr. Lehmann*
Stadthausstraße 8 Mainz Gegr. 1868 · Fernspr. 2764
Erstes Spezialhaus für
Bandagen Leibbinden
Krampfaderstrümpfe mit und ohne Gummi
Gummiwaren Verbandstoffe
Fachmännische Herren- und Damenbedienung



Hamburg-Amerika Linie
Ueberseereisen
(Streng rituelle Küche unter Rabbinatsaufsicht.)
Hauptvertretung in Mainz:
Reisebüro J. F. Hillebrand, G. m. b. H., Reiche Klarastr. 10
Studienreisen, Erholungs- und Vergnügungsreisen, Palästinareisen

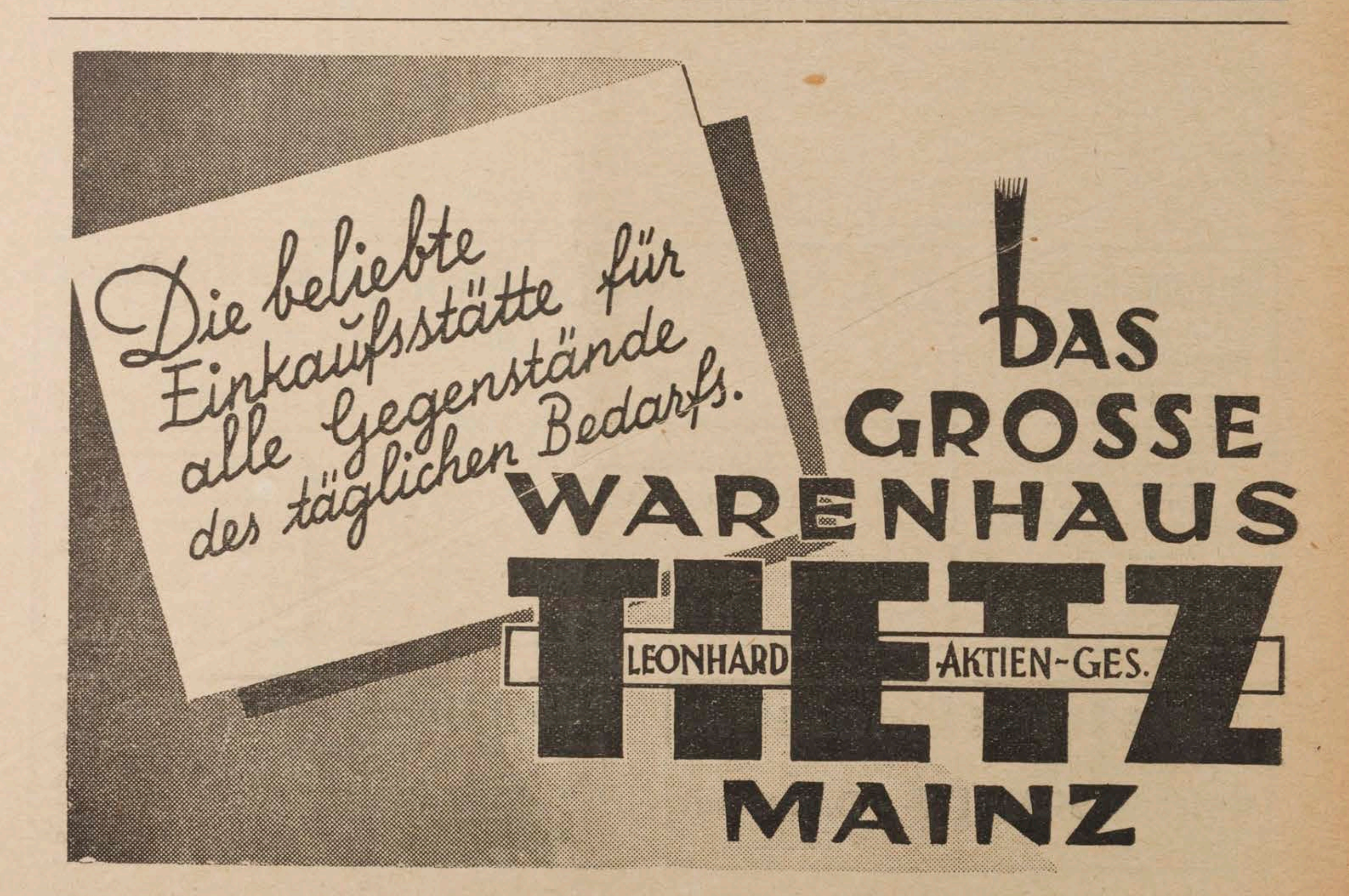
Schäfer & Huy
Bau-dekorationsgeschäft
Mainz
Leibnizstrasse 21/10

Sämtliche Papier- und Schreibwaren
für Privat und Geschäftsbedarf · Geschäftsbücher · Büromaschinen · Büromöbel.
Morys, G. m. b. H., Mainz, Christophstr.
Telephon 4610 / 4611

Billigste Bezugsquelle für Kurzwaren und Wäsche
ist die
Stubs Quelle
Mainz
Rosengasse, Ecke Lotharstr.

Stauder & Co., Mainz
Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H.
Kaiserstraße 29 1/10 Telefon 3920
Beste u. billigste Bezugsquelle für sämtliche Hausbrandkohlen
Ia. Ware! Reelles Gewicht!

H. Schlitt, Mainz Klarastraße 1 Tel. 4156
Spezialgeschäft für Herde, Oefen, Gasapparate, Großkochanlagen. Reparatur-Werkstätte. :: Heiztechnisches Büro.



Druck von E. Herzog, Mainz